



WFB e.V. | Kamenzer Straße 56 b | 01877 Bischofswerda

WIRTSCHAFTSFÖRDERVEREIN BISCHOWSWERDA e.V.

Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz
Barbara Klepsch
Sächs. Staatsministerium f. Soziales und Verbraucherschutz
PF 100941

01076 Dresden

Bischofswerda, den 08.11.2017

Geplante Schließung der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe der Oberlausitz-Kliniken gGmbH am Standort Bischofswerda

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Barbara Klepsch,

mit tiefster Sorge und mit Entsetzen haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe zum 01.01.2018 in Bischofswerda geschlossen werden soll. Wir als Wirtschaftsförderverein Bischofswerda haben im Rahmen unseres bürgerschaftlichen Engagements innerhalb von 4 Tagen über 3700 Unterschriften gesammelt, die ein 1. Zeichen des Unmuts, der Empörung und des Verzweifeln der Bürger in der Region Bischofswerda sind.

Das Ergebnis dieses Bürgerbegehrens wurde im Rahmen eines Bürgerforums am 30.10.2017 dem Landrat i. V. Herrn Dezernent Bielich übergeben. Die Bürger unserer Region empfinden mehrheitlich diese angedrohte Schließung als signifikanten Ausdruck eines jahrelangen schleichenden Abbaus von Lebensqualität im ländlichen Raum. Im Namen und stellvertretend für die Bürgerschaft, der 160 Vereine, Verwaltungen, politischen Fraktionen und Unternehmen unserer Stadt Bischofswerda und des Umlandes fordern wir Sie auf, sich nachhaltig dieser Problematik zu stellen und folgende Sachverhalte vordringlich zu behandeln.

1. Durch die drohende Schließung wird in unserem aufstrebenden Mittelzentrum die medizinische Daseinsfürsorge und Grundversorgung weiter eingeschränkt. Damit verschlechtern sich die Standortfaktoren aus wirtschaftspolitischer Sicht erheblich.
Was tun Sie, um die weitere Abkopplung des ländlichen Raumes zu stoppen und diese Entwicklung umzukehren?
2. Wir sind eine Zuzugsregion, sowohl für mittelständische Firmen als auch für Ehepaare und Familien in der unmittelbaren Nachbarschaft der Landeshauptstadt Dresden. Für die Menschen die hier leben und die, die wir erfolgreich davon überzeugen können, zu uns zu kommen ist ein wichtiges Entscheidungskriterium die medizinische Versorgung. Strukturelle Fehlentscheidungen, falsche Bedarfsplanung, vom Bürger nicht gewollte Zentralisierungsmaßnahmen und ungenügende Weitsicht für menschliche Bedürfnisse haben unter anderem dazu geführt, die politische Lage und die politischen Mehrheiten zu verändern.
Was tun Sie, um diese Situation für die Menschen spürbar zu verbessern und verlorengegangenes Vertrauen wieder zurück zu gewinnen?

3. Die ungenügende finanzielle Ausstattung des Gesundheitswesens, die zunehmend zentralistisch bürokratische Vorgehensweise der Krankenkassen und kassenärztlichen Vereinigung, zwingen offenbar die Verantwortlichen vor Ort Maßnahmen einzuleiten, die den Grundinteressen und der Lebensqualität der Menschen vor Ort entgegenstehen. Diese Art der Bürokratie verschlingt jährlich Milliarden Euro an Kassenbeiträgen, die von uns als Mittelständler und unseren Arbeitnehmern gemeinsam, d. h. solidarisch aufgebracht werden. Diese Beträge sind für mehr und gut qualifiziertes Personal im Interesse der Patienten besser verwendbar.

Was tun Sie, um die krankhafte Bürokratisierung im Gesundheitswesen zu stoppen und nachhaltig abzubauen?

4. Der bedrohliche Fachkräftemangel an qualifiziertem ärztlichen und pflegerischen Personal sowie Hebammen, führt zu absurden Entscheidungen vor Ort, die auch werdende Mütter und Neugeborene gefährden. Regionale Krankenhäuser werden gezwungen, solch verheerende Schritte wie Klinikschließungen einzuleiten. Es war in den letzten Jahrzehnten abzusehen, dass es zu solchen Mangelerscheinungen kommen wird. In Dresden gibt es eine Universitätsklinik, dort werden Studenten aus allen Ecken Deutschlands und Europas ausgebildet. Das ist gut so, aber es ist festzustellen, dass qualifizierte junge Abiturienten/-innen aus unserer Region nicht zum Studium zugelassen werden. Dies obwohl sie die Voraussetzungen des Numerus Clausus erfüllen. Sie müssen sich damit abfinden, dass „an der internationalen Universität“ eben auch viele junge Menschen, die nicht aus der Region kommen und dort mit allergrößter Wahrscheinlichkeit auch nicht als Doktor in einer ländlichen Praxis oder in einem regionalen Krankenhaus am Menschen arbeiten wollen, ihnen vorgezogen werden. Das kann nicht sein!

Wir brauchen aus unserer „sächsischen Uni“ auch Ärzte, die in Sachsen bleiben und arbeiten wollen. Dieser wichtige Teilaspekt ist in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt worden. Wir erleben jetzt, dass u. a. auch deshalb unser regionales Gesundheitswesen krachen geht.

Stimulieren Sie junges medizinisches Fachpersonal in geeigneter Art und Weise, um die vorhandene und weiter drohende medizinische Unterversorgung zu stoppen!

Was tun Sie kurzfristig, um die Fachkräftesituation regional vor Ort besonders für den ländlichen Raum zu verbessern?

Wir fordern Sie als politische Verantwortungsträger auf, hier endlich zu reagieren. Sorgen Sie für eine sofortige Abhilfe, schnelle Bereitstellung von gut qualifiziertem Personal und eine auskömmliche Finanzierung der geburtshilflichen Abteilungen im Land. Entwickeln Sie mit den Verantwortlichen in den Regionen zusammen ein tragfähiges Konzept für die nächsten 20 Jahre. Eine Politik des „weiter so“ wird dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderung nicht gerecht.

Unsere Forderung bezüglich der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe in Bischofswerda lautet vorerst:

- Aussetzung der Schließung für mindestens 1 Jahr
- Klärung der Erfordernisse zur generellen dauerhaften Weiterführung
- Mitwirkung des Wirtschaftsfördervereins entsprechend seiner Möglichkeiten

Den Brief an die Verantwortlichen vor Ort übergeben wir Ihnen als Anlage.

Wir erwarten eine Antwort zu unseren aufgeworfenen Fragen und Herausforderungen noch in diesem Jahr.

Hochachtungsvoll

Steffen Thiele
Vorsitzender
Wirtschaftsförderverein Bischofswerda